
Für Sie in Berlin!

**Markus Grübel berichtet
aus dem Deutschen Bundestag**



Themen der Woche

- 1. Besserer Schutz für Polizisten**
- 2. Härteres Vorgehen gegen extremistische Straftäter**
- 3. Reform der föderalen Struktur**
- 4. Rückkehr von christlichen Familien nach Mossul**
- 5. „Am Ende zählt der Mensch“ – Jubiläum des Deutschen Hospiz- und Palliativverbandes**

1. Besserer Schutz für Polizisten

Wir haben in der vergangenen Sitzungswoche ein unmissverständliches Signal gegen Gewalt gegenüber Einsatzkräften gesetzt! Leider zeigt sich, dass rabiate Angriffe auf Polizei- und Rettungskräfte immer mehr zu nehmen und den Polizeibeamten oftmals nicht der Respekt entgegengebracht wird, den sie verdienen!

Diese Attacken sind völlig inakzeptabel. Das haben wir als Union immer wieder eingefordert. Endlich ist auch unser Koalitionspartner auf unsere langjährige Forderung eingeschwenkt, einen besseren Schutz nicht nur in Sonntagsreden

einzufordern, sondern auch mit Hilfe des Strafrechts durchzusetzen. Wer unsere Polizei und andere Einsatzkräfte angreift, der muss die harte Antwort des Rechtsstaates spüren. Das Bundeskabinett hat daher am 8. Februar einen Gesetzentwurf beschlossen, der auf einen besseren strafrechtlichen Schutz von Polizisten und anderen Einsatzkräften zielt. In erster Lesung haben wir in dieser Sitzungswoche über das Gesetz beraten.

Der Gesetzentwurf sieht einen neuen Straftatbestand des **„Tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte“** vor. Dadurch werden zukünftig

nicht nur Vollstreckungshandlungen geschützt, sondern alle Diensthandlungen, wie beispielsweise der Streifengang oder die Unfallaufnahme.

Zusätzlich wird eine Mindeststrafe von drei Monaten eingeführt und der Kreis der besonders schweren Fälle erweitert. Trägt der Angreifer etwa eine Waffe bei sich, so droht auch dann eine besonders hohe Strafe, wenn er diese nicht verwenden wollte.

Die strafrechtlichen Regelungen zum besseren Schutz von Polizei- und Rettungskräften stehen in einem weiteren Kontext von Maßnahmen zur gezielten Stärkung unserer Polizei. Neben der bereits beschlossenen Schaffung von 10.000 neuen Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes (u.a. bei Bundespolizei und BKA) schaffen wir die Möglichkeit zum Einsatz sogenannter Bodycams, die Angriffe auf Bundespolizisten eindämmen sollen.

2. Härteres Vorgehen gegen extremistische Straftäter

In erster Lesung haben wir in der vergangenen Sitzungswoche einen Gesetzentwurf beraten, um die Weisung zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung, die elektronische Fußfessel, bei verurteilten extremistischen Straftäter nach der Entlassung in zwei Punkten auszuweiten. Eine elektronische Aufenthaltsüberwachung soll auch bei den Vergehen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat,

Terrorismusfinanzierung, der Unterstützung einer in- oder ausländischen terroristischen Vereinigung und des Werbens um Mitglieder oder Unterstützer für Selbige nach der Verbüßung von Haftstrafen möglich sein. Darüber hinaus sollen für die Anordnung künftig zwei, statt wie derzeit drei Jahre Haft ausreichend sein.

3. Reform des föderalen Struktur

In der vergangenen Sitzungswoche haben wir eine umfassende Gesetzesänderung mit Reformen des föderalen Finanzgefüges und der Aufgabenerledigung im Bundesstaat beraten! Vorgesehen ist, den Ausgleich der Finanzkraft der Länder nicht wie bisher durch einen Finanzausgleich unter den Ländern vorzunehmen, sondern im Rahmen der Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer.

Die Bundesregierung schlägt dazu vor, dass sich der Bund zu einer zusätzlichen finanziellen Beteiligung bereit erklärt, die im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen wird. Alle Länder stellen sich dadurch besser und können die Schuldenbremse ab 2020 sicher einhalten. Der Stabilitätsrat wird gestärkt und überwacht die Einhaltung der Schuldenbremse zukünftig auch auf Länderebene.

Parallel dazu sind Reformen vorgesehen, um bestimmte Aufgaben besser und effizienter zu erledigen. Dazu gehören eine beim Bund angesiedelte Infrastrukturgesellschaft Verkehr, ein zentrales Bürgerportal für öffentliche Online-

Anwendungen und eine beschränkte Mitfinanzierung der Bildungs-Infrastruktur finanzschwacher Kommunen. Zudem erhält der Bundesrechnungshof zusätzliche Erhebungsrechte durch den Bund, und eine engere Koordination des bundesweiten Steuervollzugs wird eingeführt.

Gelingt der Abschluss dieser Reform, besteht für Bund und Länder finanzielle Planungssicherheit für die Jahre ab 2020 bis mindestens 2030. Wir werden bei den Beratungen darauf achten, dass die Bundesinteressen gewahrt werden.

4. Rückkehr von christlichen Familien nach Mossul

Medienberichten zufolge sind die ersten christlichen Familien, die 2014 vom IS aus der nordirakischen Stadt Mossul vertrieben und enteignet wurden, in ihre Häuser zurückgekehrt. Das ist ein vorsichtiges Zeichen der Hoffnung!

Gerade für uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die Situation von Christen im Nahen Osten ein zentrales Anliegen! Mossul war eine der letzten Hauptbastionen des IS. Bei allen furchtbaren Meldungen, die uns in der letzten Zeit aus dem Irak und dem benachbarten Syrien erreichen, sind dies positive Nachrichten, die vorsichtig optimistisch stimmen.

Wir als Union haben uns stets dafür eingesetzt, dass Deutschland die Peschmerga im Kampf ge-

gen des IS mit Ausbildung und Ausrüstung unterstützt. Bislang konnten 12.000 Sicherheitskräfte der Peschmerga ausgebildet werden. Das ist gut, aber natürlich ist die Lage nach wie vor angespannt und der IS nicht endgültig besiegt.



Markus Grübel im Gespräch mit Peschmerga im Nordirak (Quelle: Bundeswehr)

Es ist wichtig, dass schon jetzt die Weichen gestellt werden, dass der Irak langfristig zu Stabilität findet und die Menschen friedlich zusammen leben. Insbesondere Christen und Jesiden im Irak sehnen sich als religiöse Minderheiten nach einer freien und friedlichen Existenz.

Eine wichtige Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben ist die Gewährleistung der Religionsfreiheit sowie der Schutz religiöser Minderheiten! Die Menschen im Irak müssen außerdem auf Rechtsstaatlichkeit und eine funktionierende Verwaltung vertrauen können, damit möglichst bald alle geflüchteten Iraker in ihre Heimat zurückkehren können!

5. „Am Ende zählt der Mensch“ – Jubiläum des Deutschen Hospiz- und Palliativverbandes

Gemeinsam mit Bundestagspräsident Prof. Norbert Lammert, dem Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe und vielen Hospiz-Interessierten sowie Ehren- und Hauptamtlichen habe ich am letzten Mittwoch an der Feier anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Deutschen Hospiz- und Palliativverbandes teilgenommen.

Der Abend bot die Möglichkeit, einmal rückblickend zu schauen, was wir bisher erreicht haben und welche weiteren Herausforderungen vor uns liegen. Die Hospiz- und Palliativversorgung in unserem Land hat sich in den vergangenen Jahrzehnten signifikant verbessert! 2015 haben wir mit dem Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung sowie mit dem Gesetz gegen geschäftsmäßige Sterbehilfe die richtigen Weichen gestellt und die hospizliche und palliative Begleitung, wie sie von



Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, Markus Grübel und weitere Gäste hören den Festvortrag der DHPV-Jubiläumsfeier

den über 100.000 im DHPV und seinen Mitgliedseinrichtungen tätigen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern geleistet wird.

Wir müssen aber weiterhin daran arbeiten, dass wir das Sterben aus der Tabuzone in die Mitte der Gesellschaft holen und bei der Begleitung von schwerstkranken und sterbenden Menschen den Gedanken „Am Ende zählt der Mensch“ tatsächlich umsetzen.



Markus Grübel und Susanne Kränzle vom Hospiz Esslingen

Die Würde des Menschen ist unantastbar – so lautet der erste Artikel unserer Verfassung! Wir alle wollen in Würde altern und wünschen uns eine würdevolle letzte Lebensphase. Die Hospizbewegung leistet dafür einen wichtigen, ja unverzichtbaren Beitrag. Unsere Aufgabe ist es diesen Weg fortzuführen, um jedem Menschen die Angst vor dem Sterben zu nehmen. Den vielen Menschen, die sich tatkräftig in der Hospiz- und Palliativversorgung haupt- oder ehrenamtlich engagieren, bin ich dankbar, für all das was sie tagtäglich leisten.